

**Nachträge**

— Die letztes Mal vorgenommene Charakterisierung der Einleitung des Artikels als Eingrenzung auf das Thema Russland (siehe Protokoll) ist nicht richtig. Da wird doch gerade das Allgemeine festgehalten, wie moderne Staaten ihren Kriegsbedarf finanzieren, nämlich mit Geld und Kredit. Verglichen wird das mit den früheren Kriegskrediten. Nicht umsonst heißt es ja dann, dass die Kriegswirtschaft Russlands ein, wenn auch extravagantes, Lehrstück für die moderne kapitalistische Kriegsfinanzierung ist. Die Besonderheiten Russlands werden im Artikelfortgang erklärt. Wie das mit den früheren Kriegskrediten ging, ist nicht weiter erläutert, da wird nur der Hinweis gegeben, dass da die Abrechnung erst am Ende erfolgte. Wie das genau ging, muss man, wenn man es nicht weiß, aber wissen will, nachschlagen.

Der Hinweis oder die Erinnerung hier ist, dass Russland inzwischen ein moderner Staat mit einem modernen staatlichen Kreditgeld ist, der so, wie er normalerweise seinen Kreditüberbau staatlicherseits für die Finanzierung des Staates in Anspruch nimmt, seinen Kredit nun auch für den Krieg mobilisiert – das war früher in den beiden Weltkriegen noch nicht der Fall. Die Benutzung dieser politökonomischen Errungenschaft für den Krieg in Russland – es finanziert ja nicht nur Rüstung, sondern einen großen Krieg gegen all das, was die NATO-Mächte in diesen Krieg investieren – mit all seinen Besonderheiten ist das Thema: Russlands Kriegswirtschaft ist ein Lehrstück über diese moderne Art der Kriegsfinanzierung, aber eben ein extravagantes. In so einer Größenordnung gab es diese Sorte moderner Kriegsfinanzierung bisher nur in einem weiteren Fall: dem Antiterrorkrieg der USA, wo wirklich in großem Stil und an vielen Schauplätzen von Amerika aus Krieg geführt worden ist, der wiederum seine Besonderheiten hatte. Auch da, aber in ganz anderer Weise, nutzten die USA ihr Kreditgeld.

— Kleinere Unterfälle davon waren z.B. der Korea- oder Vietnamkrieg, wo die Amis auch ihren Kredit nutzten.

Das eine ist, wie so ein moderner Staat für seinen Rüstungsbedarf – den ständigen sowieso und den für die kleineren oder auch größeren Kriege – seinen Kredit und dafür die Kreditmärkte beansprucht. Das andere: Russland betreibt diese Aufrüstung in und für diesen äußerst strapaziösen laufenden Krieg in der Ukraine, nimmt dafür seinen nationalen Kapitalismus in Anspruch und der taugt tatsächlich dafür – ein paar Jahre geht es ja schon. Oder anders ausgedrückt: Das Besondere an der modernen kapitalistischen Kriegsfinanzierung ist, dass selbst eine solche zusätzliche gewaltige Kost, wie sie ein solcher Krieg für den Staat darstellt, über die Inanspruchnahme seines heimischen Kreditmarktes, seines Kreditüberbaus, finanziert wird und vom Staat als ein Haushaltsposten behandelt wird. Soweit der Unterschied zu den beiden großen Weltkriegen.

\*

— Ich habe einen generellen Einwand zu der Einleitung des Artikels. Mit der Formulierung, dass Russland den Krieg seiner Ökonomie über Geld und Kreditgeld abverlangt, bin ich ja einverstanden. Aber der Artikel fängt ganz anders an, er redet erst von Schulden und dann steht plötzlich Kreditgeld im Raum. Dazwischen landet er bei der Inflation und Verarmung. Das fasst doch das Thema nicht richtig: Die russische Kriegsökonomie kommt doch von einem Staatshaushalt her, den die russischen Politiker gezielt mit dem Ideal konstruiert haben, dass ihre Verschuldung dennoch offiziell begrenzt bleibt (das kommt ja in dem Artikel später vor, auch dass der Staatsfonds dafür genutzt wird). Da passt doch die Verallgemeinerung am Anfang, dass das immer per Schulden und Kreditschöpfung passiert, nicht.

Der Anfang des Artikel gibt das Thema an, womit man es zu tun hat: Ein Staat finanziert den Bedarf für seinen Krieg, da gibt es gewisse Fortschritte zu verzeichnen in der heutigen Art und Weise der Finanzierung zu früheren. Russland nutzt einerseits als modernes kapitalistisches Land all diese Fortschritte – per Schuldenaufnahme nutzt es seinen

Kreditüberbau. Andererseits hat es da mit den Besonderheiten seiner Ökonomie usw. zu tun. Mehr bzw. weniger ist da nicht gesagt. Das, worüber du schon sprichst, kommt ja alles.  
55 Eine Vorwegnahme in Form einer vorab angekündigten Artikel-Quintessenz ist damit nicht angezettelt, im Gegenteil. Jetzt geht es erst darum, wie das alles in Russland aussieht. Was ist denn an der Themabenennung so unzulässig?

— Soll denn mit so einem Satz wie: „Krieg kostet. Der Staat, der ihn führt, bezahlt ihn mit dem Geld, das er nicht übrig hat. Also mit Schulden, für die er bürgt und Zinsen zahlt.“  
60 schlicht gesagt sein, dass sein Instrument zur Kriegsfinanzierung, zur Anleierung der Produktion für Kriegsgerät usw. Kredite sind? Aber das wäre doch kein Rätsel! Der Staat bedient sich doch auch ohne Krieg in jeder Art und Weise für alles Mögliche, ob per Steuern oder Verschuldung, bei seiner Gesellschaft, er hat doch nie Geld übrig. In Russland schaut es außerdem anders aus, die weiten derzeit die Umsatzsteuern aus, um die  
65 Einkommensteuern und die Verschuldung in Grenzen zu halten.

Der erste kleine Satz redet wirklich nur sehr allgemein über Krieg, der für den Staat, aus welchen Gründen auch immer er ihn führt, erst einmal heißt, dass er Geld kostet und zwar bedeutend mehr, als er normalerweise für sein Staatsein samt Rüstung veranschlagt. Und dass moderne kapitalistische Staaten all ihre Geldbedürfnisse genau so, mit Kredit,  
70 organisieren, also auch ihren kriegesischen Geldbedarf, stimmt ja und das steht da auch. Später kommt, wie das in Russland aussieht.

— Aber so ein vollkommen allgemeiner Satz führt doch völlig in die Irre. Damit malt man eine Verschuldungsspirale an die Wand, wie sie auch die Presse beschwört. Sätze wie „So geht es im modernen Kapitalismus nicht mehr zu. Da erfolgt die Abrechnung ... von Beginn  
75 an permanent“ benennen doch nicht das Thema, wie der russische Krieg mit Geld und Kredit seinen Krieg finanziert. Sondern das ist eine Auskunft darüber, was Kriegsfinanzierung heute überhaupt ist, so als wären alle weiteren Auskünfte darüber, wie es in Russland zugeht, überflüssig, weil das Wesentliche schon vorweg gesagt ist.

Nein und ja: Es ist eine Auskunft darüber, wie Kriegsfinanzierung überhaupt heute geht, auf diese politökonomische Errungenschaft wird verwiesen, die auch Russland – aber auf seine  
80 Weise und mit seinen Mitteln – in Anspruch nimmt: Heutzutage wird mit all dem, was man vom modernen Kapitalismus kennt, wie der Staat seinen Haushalt bewirtschaftet und auch seinen üblichen Rüstungsbedarf deckt, indem er sein Kreditgeld, seinen Kreditüberbau dafür gebraucht – auf diese Weise wird auch ein jahrelanger Krieg betrieben, sogar dafür taugt  
85 das. Das kann man an Russland auf seine besondere Art studieren und das zeigt der Artikel im Fortgang.

Insofern ist das Thema mit dem Vorspann überhaupt nicht fertig, sondern danach geht es überhaupt erst los: Wenn das die Behauptung ist, ist doch noch sehr die Frage, wie das in Russland aussieht.

90 \*

— Eine Verständnisfrage: Im Protokoll Zeile 145 geht es darum, wie Russland vor dem Krieg ökonomisch beieinander war. Wie haben die hohen Deviseneinnahmen durch den Export der Bodenschätze die Solidität des Rubels begründet?

— Das Banale ist: Russland war wegen seiner Devisenbestände in der Lage, jederzeit  
95 gegen Rubel Dollars herzugeben, dadurch wuchs das Vertrauen in den Staat und in seine Währung im internationalen Verkehr.

— Aber wie ging das national, wie landeten die vom Exporteur eingenommenen Dollars z.B. in der Zentralbank Russlands?

Das eine ist, dass der Rubel durch die Nachfrage nach ihm auf den Weltfinanzmärkten beglaubigt wurde, als Russland in großem Stil seine Rohstoffe am Weltmarkt verkaufte. Die  
100 Käufer brauchten Rubel – oder umgedreht, die russischen Verkäufer nahmen Dollars ein und tauschten sie in Rubel um auf dem russischen Geldmarkt, wo die Banken ihre Devisenhandelsgeschäfte machen, weil sie ja in Rubel rechnen. Umgedreht wurde Dollar

105 nachgefragt und Rubel verkauft, wenn Importeure auf dem Weltmarkt Waren einkauften.  
Der Rubel war also konvertibel und wurde gehandelt.

\*

110 — Ab Zeile 101 im Protokoll geht es darum, worauf Russland zurückgreifen kann. Dann kommt ein Vergleich mit Europa und da heißt es: die „denken in anderen Maßstäben“. Der Punkt ist aber nicht, wie die denken, sondern dass die europäischen Staaten als Mitglieder der NATO bisher ihre Bewaffnung und Rüstung arbeitsteilig betrieben haben. Das steht jetzt in Frage. Insofern sind sie anders aufgestellt.

115 In der Debatte ging es auch nicht darum, was die Europäer so denken. Bezogen wurde sich auf die aktuellen Debatten in Europa, insbesondere in Deutschland. In dem Zusammenhang war der Hinweis, dass die europäischen Staaten bisher anders aufgestellt waren, weil sie in der NATO ihre Sicherheit aufgehoben gesehen und sich dafür arbeitsteilig engagiert haben. Dass sie sich jetzt etwas anderes vornehmen, mehr Autonomie in Rüstungsfragen usw., und dass sie dabei ganz anders dastehen als Russland, das war gemeint mit „die denken in anderen Maßstäben“.

#### 120 **IV. Die staatliche Geldbeschaffung**

Der Staat finanziert sich über Steuern, der Reichtum, den seine kapitalistische Gesellschaft erwirtschaftet, ist die Quelle seiner Macht. Durch die Inanspruchnahme des Reichtum der Unternehmen entzieht er ihnen aber gleichzeitig Mittel ihres Wachstums. Das berücksichtigt er bei der Festsetzung der Höhe der Steuern. Das ist der ganz allgemeine Widerspruch. Im  
125 besonderen Fall Russlands entsteht der gesteigerte Bedarf durch den Krieg, durch den gleichzeitig die Ökonomie des Landes stark strapaziert wird, so dass er ihr Steuererhöhungen nicht so einfach zumuten kann. Die Verlaufsform ist, dass der Staat die Priorität auf den Krieg legt und in Konsequenz die Steuererhöhungen da kompensiert, wo er es für den Krieg für wichtig erachtet.

130 — Eine andere Geldquelle für den russischen Staat sind die Rohstoffunternehmen. Die niedrigen Kosten für die Förderung von Öl und Gas bescheren diesen Unternehmen ein sehr günstiges Kostenverhältnis zwischen Investition und Erlös auf dem Weltmarkt. Diese Erlöse errechnen sich in Dollar und damit erlöst der Staat mit Hilfe seiner Rohstoffgiganten einen Devisenschatz in Weltgeld.

135 — Warum ist das hinsichtlich der Besteuerung „eine andere Geldquelle“? Der russische Staat hat hier potente Unternehmen, die über das Heben und den Verkauf der Rohstoffe äußerst erfolgreich waren und sind. Im Rahmen der allgemeine Besteuerung liefern sie ihren Beitrag zu den Steuern des russischen Staates in dem Maße, wie sie am russischen Wachstum teilhaben.

140 — Diese Einnahmequelle aus der Potenz der russischen Öl- und Rohstoffgiganten ist eine außerordentlich „strapazierbare“ Geldquelle, die dem russischen Staat Einnahmen von besonderer Qualität, nämlich Weltgeld liefert, einen Devisenschatz. Angesichts des Krieges und seiner Kosten legt der russische Staat ein besonderes Augenmerk darauf, welche Wirtschaftsbereiche als Geldquelle von Steuern zu verschonen sind und welche nicht.

145 — Der Devisenschatz, den diese Unternehmen einbringen, ist ein eigenes Thema. Dass diese Unternehmen nicht von Steuern verschont bleiben, stimmt und wird auch noch in ganz anderer Weise als durch die allgemeine Besteuerung in den Fokus gerückt: durch den Wohlfahrtsfonds (NWF), den der Staat mit den Einnahmen aus diesen Unternehmen eingerichtet hat und den er pflegt, als zusätzliche Einnahmequelle nutzt, um Schwankungen  
150 in den Staatseinnahmen auszugleichen. Aber das ist ein gesonderter Punkt, der aus dem Umstand resultiert, dass diese Unternehmen die kapitalistisch potenten im Lande sind.

Die günstigen Naturbedingungen in Russland sind die Grundlage für diese Geschäfte. Was man als Weltmarktpreis für Öl und Gas erzielen kann, ermöglicht eine große Spanne zu dem finanziellen Aufwand, der für die Exploration und den Transport nötig ist. Diese Gewinne

155 kann der Staat in verschiedenen Formen abgreifen: mit Förderlizenzen auf Bohrfelder, mit Umsatz-, Gewinn- oder Exportsteuer usw. Diese ordentlich strapazierbare Geldquelle hat den zweiten wichtigen Gesichtspunkt, dass er mit ihr Devisen auf sich zieht, mit denen er die internationale Zahlungsfähigkeit, die Konvertibilität seines Rubel sicherstellt.

— *Heißt das, dass im Unterschied zu Rüstungsunternehmen, die einen permanent wachsenden Bedarf und Weiterentwicklungen finanzieren sollen und müssen, das Geschäft mit der Ausbeutung der Energievorräte nicht darüber gefährdet wird, wenn der Staat dort mehr vom Gewinn abschöpft?*

Auch die Rüstungsunternehmen werden besteuert, aber der Widerspruch ist da, dass der Gewinn der Rüstungsunternehmen daher stammt, dass der Staat ihnen ihre Rüstungsgüter abkauft und wieviel er dafür zahlt. Er ermöglicht ihnen so einerseits ein lohnendes Geschäft, indem er seinen Rüstungsbedarf bezahlt, auf der anderen Seite knüpft er ihnen aber auch Steuern ab. Andererseits führen die Belastungen durch die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft, die hauptsächlich wegen der und für die Notwendigkeiten des Krieges herbeiorganisiert und abgewickelt werden müssen, zu Belastungen beim Rest der Ökonomie. Daran ist gedacht, wenn der Staat wegen der Kriegssituation darauf achten muss, durch zusätzliche Besteuerungen nicht noch mehr Unternehmenskalkulationen zu ruinieren, weshalb er in etlichen Fällen Sonderkonditionen einräumt.

— *In der neuesten Besteuerungsrunde wird dieser Widerspruch, dass der Steuerabzug nicht das Wachstum kaputt machen soll, ja in die Form gegossen, dass nicht die Gewinne, sondern die Umsätze stärker besteuert werden, was nichts daran ändert, dass das ja auch eine Belastung für die Gewinne ist.*

Um es mit der Besteuerung der Einkommen nicht zu übertreiben, greift der russische Staat auch auf andere Steuerquellen, vor allem die Umsatzsteuer zu.

Das eine ist der allgemeine Widerspruch bei der Steuererhebung, dass der Staat das unternehmerische Wachstum beschränkt, das er doch andererseits unbedingt befördern und voranbringen will. Der Punkt hier in Russland ist die steuerliche Belastung unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft: Wenn der Staat sich an seinen Rüstungsunternehmen, an seinen Energieexporteuren und an sonstigen Unternehmen bedient, muss er darauf achten, welche Konsequenzen das unter den Bedingungen der Kriegsökonomie hat und Korrekturen vornehmen. Dazu gehört auch, dass der Staat für die Finanzierung der Kosten der Kriegsnotwendigkeiten vermehrt auf seinen Staatsfonds zugreift, dessen Erlöse aus dem Ölgeschäft er früher mal ganz andern Sachen wie bestimmten Entwicklungsprojekten u.ä. vorbehalten hat.

— *Was ist denn die Berechnung des Staats, wenn er nicht die Gewinne weiter besteuert, sondern die Umsatzsteuer weiter ausdehnt?*

Es macht einen Unterschied, ob man die Einkommenssteuer bei den Kapitalgewinnen abgreift oder da Steuer abgreift, wo der Gewinn entsteht, beim Verkauf von Waren, das ist die Umsatzsteuer. Das ist die breiteste Besteuerungsgrundlage, die es gibt, da werden wirklich *alle* belastet, die etwas kaufen (Unternehmen, Konsumenten, Beamten, Soldatenfamilien usw.).

— *Auf der S. 95 heißt es: „Neben ihrer Nutzung als Finanzquelle halten die Einnahmen aus dem Export trotz aller Finanzsanktionen Russlands Zugang zum Weltmarkt, seine internationale Zahlungsfähigkeit, weiter aufrecht.“ Das stört den Westen erheblich und soll durch weitere Sanktionen unterbunden werden, so dass die Exporteure im Handel mit den jetzigen Großabnehmern von Öl, Gas und anderen Waren keine Weltgelder verdienen, sondern zunehmend auf andere Verfahren ausweichen müssen, in Rubel, Yuan oder in türkische Lira abrechnen usw.*

Dass Russland den Zugang zum Weltmarkt weiter aufrechterhalten kann, hat unter den Sanktionen natürlich einen hohen Preis. Zum einen muss es Preisnachlässe für die Käufer gewähren und zum anderen werden die Zahlungswege komplizierter, die Abrechnung schwieriger, man braucht Vermittler usw., was weiteren Abzug vom Erlös bedeutet, und

selbst wenn es Devisen wie Yuan verdient, ist die Frage, was es damit anfangen kann.

— *Dann stimmt es aber doch nicht, dass Russland weiterhin Zugang zum Weltmarkt hat. Man müsste doch eher sagen: Durch die Finanzsanktionen wird Russlands*  
210 *Zahlungsfähigkeit angegriffen.*

Das formuliert ja nur dasselbe von der anderen Seite her. In Fußnote 17 heißt es: „Der weitgehende Ausschluss von der Dollar-Weltökonomie ... stellt infrage, ob und inwiefern diese Devisen für Russland auch tatsächlich Zugang zu den Importmärkten gewährleisten.“  
Damit versucht Russland einen Umgang zu finden. Dass Russland nach wie vor  
215 Exporterlöse aus Öl- und Gasverkäufen erzielt und sich irgendwelche Waren auf dem Weltmarkt besorgen kann, ist ja das Ärgernis für den Westen und weswegen sie dauernd neue Sanktionen erlassen. Für Russland sind die Exporterlöse von Öl und Gas die einzige Art und Weise, wie Russland überhaupt seinen Zugang zu Importen aufrechterhalten kann.

— *Woran ist bei den „Abgaben“ (S. 95 oben) auf die Deviseneinnahmen der*  
220 *Rohstoffkonzerne zu denken? Wie ist der russische Staat an den Einnahmen der Rohstoffunternehmen beteiligt, mit denen er staatliche Fonds wie den National Wealth Fonds (NWF) finanziert?*

Solche Abgaben sind z. B. Förderlizenzen. Mit der Finanzierung des NWF sollte ursprünglich die Abhängigkeit von den Weltmarktkonjunkturen der Rohstoffpreise für den  
225 Staat handhabbar gemacht werden. Dessen Einrichtung ist in Fußnote 18 (S. 95) erläutert: Der Staat plant seinen Haushalt mit einem bestimmten Ölpreis. Mehreinnahmen dank höherem Ölpreis zahlt er in den Fonds ein, Mindereinnahmen werden aus dem Fonds ausgeglichen. Der NWF wird auch als staatlicher Reservefonds und zur Entwicklung des russischen Kapitalmarkts genutzt, indem der russische Staat das Geld des NWF in  
230 Wertpapiere russischer Unternehmen investiert. Darüber hinaus wird dieser Fonds jetzt in erheblichem Umfang für Kriegszwecke und allerhand dafür unabweisbare Investitionen in Anspruch genommen.

— *Eine besondere Form von Abgaben sind die Auflagen, die der Staat den Energiekonzernen im Krieg macht. Sie haben sowohl die Industrie als auch die Bevölkerung*  
235 *mit billiger Energie zu versorgen und darüber hinaus auch noch die neuen Pipelines gen Osten zu finanzieren.*

— *Das geht über diese Holding Rosneftgas, die in Fußnote 19 erläutert ist. Wie geht das genau?*

Bemerkenswert ist, dass das Zitat in Fußnote 19 fast zehn Jahre alt ist. Rosneftgas hält  
240 demnach Anteile an den Erdgas- und Mineralölkonzernen Gazprom und Rosneft: Die Dividenden beider Konzerne fließen in diese Holding Rosneftgas, das ist ihr Geschäftszweck. Darüber kann wiederum der russische Staat als Eigentümer verfügen. Das ist ein Beispiel für die seit Jahrzehnten gängige Praxis des russischen Staates, seine Rohstoffunternehmen, die in erheblichem Umfang Staatsunternehmen sind, als  
245 Finanzquellen jenseits des staatlichen Haushalts zu nutzen. Putin stellt im Zitat klar, dass er mit Rosneftgas immer eine Geldquelle für die Finanzierung staatlicher Notwendigkeiten zur Verfügung hat. Das nutzt er jetzt für den aktuellen Kriegsbedarf bis hin zur Erschließung des Fernen Ostens mit Pipelines usw. Wenn die Pipelines nach Deutschland nur noch Investitionsruinen sind, muss das Öl anderswohin verkauft werden, damit diese Geschäfte  
250 langfristig laufen. Das verursacht einen zusätzlichen großen Investitionsbedarf, für den er seine Energiekonzerne einspannt.

— *Ein weiterer Investitionsbedarf entsteht für diese Unternehmen dadurch, dass die Ukraine den Krieg immer weiter nach Russland hineinträgt und dort*  
255 *Versorgungseinrichtungen für Treibstoffe und Raffinerien usw. zerstört – was ihre Geschäfte empfindlich schädigt,*

Das ist die andere Seite. Der russische Staat nimmt seine Ökonomie für seine Kriegsführung in die Pflicht und der Kriegsgegner ist daran interessiert, ihm genau das kaputt zu machen.

— In Fußnote 17 geht es um alternative Finanzwege für Russland. Ist mit den  
 260 „projektierten Versuchen, ganz neue Zahlungswege und -mittel einzuführen“ die Idee der  
 BRICS-Staaten gemeint, ein gemeinsames Zahlungssystem unabhängig vom Dollar  
 einzurichten?

— Die BRICS-Pläne dahingehend sind nicht auf den russischen Krieg oder darauf  
 bezogen, wie Russland seine Schwierigkeiten mit dem Ausschluss vom Dollar-Weltmarkt  
 265 bewältigt, sondern es ist ein Versuch, sich überhaupt gegen die Dollar-Dominanz zu wehren.

Was es gibt, ist ein alternatives russisches Zahlungssystem: Weil es keine Kreditkarten von  
 Mastercard mehr gibt, werden eben russische Kreditkarten herausgegeben. Es ist aber alles  
 umständlicher und spezieller auf die konkreten Zahlungen bezogen und nicht mehr ein  
 universelles, günstiges und allgemein zugängliches System wie SWIFT.

— Aber geht es, wenn Handel stattfindet, nicht um Zahlungswege im Austausch zwischen  
 den Staaten?

Handel findet nicht zwischen den Staaten statt, sondern in erster Linie zwischen den  
 Unternehmen der Staaten. Die Staaten treffen durchaus Absprachen untereinander, wie die  
 Geschäftswelt sich neuer Zahlungswege bedienen kann. Andererseits suchen sich die  
 275 Unternehmen diese auch selber und sind gar nicht daran interessiert, diese übermäßig publik  
 werden zu lassen.

Der Wirtschaftskrieg nötigt Russland die Bemühungen auf, den noch stattfindenden Handel  
 mit anderen Staaten in einer Form abzuwickeln, die die Sanktionen umgeht. Dazu gehören  
 zwischenstaatliche Abkommen mit kooperierenden Staaten sowie alternative  
 280 Abwicklungssysteme für die Zahlungen zwischen Exporteuren oder Importeuren in den  
 noch benutzten Währungen oder in digitalen Systemen. Diese Art und Weise des Umgangs  
 ermöglicht zwar einerseits nach wie vor einigen Handel, Russland muss andererseits dafür  
 aber den Preis für die höheren Transaktionskosten zahlen.

285 Der russische Staat muss und will sich um seine Nationalökonomie als Grundlage für seine  
 Kriegsführung kümmern. Er beschränkt sich dabei nicht auf die Erhebung von Steuern und  
 Abgaben, sondern bewältigt den sich ergebenden Geld- und Kreditbedarf durch die  
 Mobilisierung des Nationalkredits.

— Der Staat und die kapitalistischen Unternehmen brauchen zusätzliches Geld. Sie sind  
 290 auf das nationale Kreditgewerbe verwiesen, das noch nicht realisierte Erträge in Form von  
 Kredit gegen Zins verfügbar macht. Diese Macht des Geldes beruht darauf, dass der  
 Kreislauf der Kreditvorschüsse klappt, sie sich also verwerten können. Diese Grundlage  
 ihrer Macht zur Kreditvergabe wird einerseits durch den Krieg und den Wirtschaftskrieg in  
 Mitleidenschaft gezogen. Die Produktion und damit die Notwendigkeit von Vorschüssen  
 295 wird auf kriegswichtige Industrien verlagert und ausgeweitet, andere Kreditkunden brechen  
 wegen fehlender Erfolgsaussichten weg. Andererseits soll das Kreditgewerbe trotzdem in  
 der Lage sein, für die neuen Anforderungen Geld zu mobilisieren. Der Staat sorgt daher  
 dafür, dass das Kreditgeschäft trotz dieser Schädigung weitergeht.

Die Aufgabe des nationalen Kreditwesens ist beides: Einerseits bedient sich der Staat selber  
 300 daran, andererseits soll es die Unternehmen mit dem nötigen Kredit versorgen. Daraus ergibt  
 sich für den Staat die Notwendigkeit, sich um die Aufrechterhaltung des Kreditwesens als  
 Finanzierungsquelle dort zu kümmern, wo es durch Wirtschaftskrieg und die  
 Inanspruchnahme für die Kriegsproduktion beeinträchtigt ist.

Der Staat bezahlt die vermehrt benötigten Rüstungsgüter. Die Unternehmen müssen die  
 305 Produktion entsprechend ausweiten, neue Fabriken hinstellen, drei statt zwei Schichten  
 arbeiten usw. Für all das braucht es einen weitaus größeren Vorschuss, also eine  
 Kreditfinanzierung der Investitionen. Da durch die Kriegswirtschaft die ganze Reproduktion  
 des Kapitals durcheinandergewirbelt ist, trifft das auch das Kreditgewerbe entsprechend.

310 Vom Staat ist daher einiges gefordert, um die Leistungen des Kreditgewerbes, auf die es ihm so sehr ankommt, zuverlässig aufrecht zu erhalten.

— *Im Artikel (S. 96, Mitte) wird im Zusammenhang mit der Beeinträchtigung des Kreditgewerbes durch die Zerrüttung des nationalen Wirtschaftslebens von „vielen einzelnen Kapitalkreisläufen“ gesprochen. Was ist damit genau gemeint? Das Kreditgewerbe muss viele kriegswichtige und auch sonst wichtige Unternehmen kreditieren. Dabei fördert Wachstum an einer Stelle nicht automatisch das Wachstum an anderer Stelle, sondern die Banken müssen Rückzahlungen von Krediten (zinsgünstig) stunden oder diese ganz abschreiben. Daher greift der Staat ein, weil alles, was er für notwendig erachtet, vom Kreditgewerbe auch kreditiert werden soll.*

320 Der erste Gedanke ist, dass da lauter Schäden fürs Kreditgewerbe drohen. Die Zerrüttung „vieler einzelner Kapitalkreisläufe“ weist darauf hin, dass nicht mehr nur einzelne Kapitale nicht mehr wie gewohnt Gewinne machen und ihre Schulden nicht bedienen können, sondern dass die Reproduktion des nationalen Kapitals insgesamt betroffen ist. Die Macht des Sektors zur Kreditschöpfung muss also wieder hergestellt werden, umso mehr, als durch die Ausweitung der Kriegsproduktion erhöhte Anforderungen an das Kreditgewerbe gestellt werden. Welche Eingriffe es da vom Staat braucht, ist dann der zweite Gedanke.

325 — *In einer funktionierenden ungestörten kapitalistischen Wirtschaft gibt es doch solche vielen einzelnen Kapitalkreisläufe gar nicht getrennt voneinander. Ist das eine russische Besonderheit?*

330 Nein, hier wird auf Folgendes Bezug genommen: Jemand macht ein Geschäft und braucht dafür einen Kapitalvorschuss, der in der Regel mit Kredit finanziert wird. Dieses Kapital wird vorgeschossen, eine Produktion aufgezogen, eine Ware produziert und am Ende verkauft. Worauf es ankommt, ist ein Gewinn in Geldform, mit dem die Zinsen beglichen werden können und der Kredit getilgt werden kann. Das ist einer von vielen einzelnen Kapitalkreisläufen, die aber nicht jeweils für sich alleine existieren, sondern aufeinander bezogen sind. Was der eine produziert, verkauft er an den anderen, und wenn der es ihm nicht abnimmt, kann er seinen Kredit nicht zurückzahlen. Der andere, der nicht mehr beliefert wird, kann sein Geschäft auch nicht machen und den Kredit ebenfalls nicht zurückzahlen. Die vielen einzelnen Kapitalkreisläufen, die nicht mehr klappen, solche Verwerfungen im Geschäftsleben insgesamt, führen dazu, dass das Kreditwesen erheblich beeinträchtigt wird.

340 — *Es muss diese Zerrüttung verkraften können und trotzdem weiterhin die Vorschüsse leisten, die aus staatlicher Sicht unbedingt nötig sind.*

345 Das russische Kreditwesen droht, seine Funktion für die Fortführung der Rüstungsproduktion und anderer Geschäfte nicht mehr leisten zu können. Deswegen widmet sich der Staat der Betreuung seines Kreditwesens. Er bringt verschiedene Maßnahmen zum Einsatz, erlässt z. B. Regelungen, wann Kredite gestundet werden können, wann auf die Rückzahlung von Krediten verzichtet werden muss, wie umgegangen wird mit ausbleibenden Zinszahlungen usw.

350 — *Dabei ist interessant, dass jetzt Vorschriften erlassen werden, die denen entgegenstehen, die der Staat früher erlassen hat, damit die Macht des Kreditgewerbes einzig und allein auf Basis erfolgreicher Geschäfte beruht.*

Es geht ihm ja um eine gesteigerte Inanspruchnahme des Kreditwesens für seinen Krieg, dessen Leistungen er unbedingt braucht, und dabei trifft er auf ein ziemlich geschädigtes Kreditwesen, das er dazu unbedingt wieder befähigen will.

355 — *Teilweise haben die ergriffenen Maßnahmen daher auch den Charakter, bereits eingetretene Schäden zu kompensieren, damit das Kreditgeschäft den Anforderungen genügen kann.*

Hinzu kommen Maßnahmen, um Schädigungen in seiner Ökonomie erst gar nicht zustande kommen zu lassen oder mit seinem Machtwort dafür zu sorgen, dass die Kreditvergabe von

360 Seiten der Banken an Unternehmen überhaupt stattfindet usw. Dazu erlässt der Staat gesetzliche Regelungen für das Geschäft der Privatbanken, z.B. die Reduktion von Eigenkapitalvorschriften, so dass diese vermehrt Kredite vergeben können. In diesem Sinne reguliert er ebenfalls die zahlreichen Banken in Staatsbesitz.

— *Ein weiterer zentraler Hebel für die Kreditausweitung besteht darin, dass die Zentralbank die Liquiditätsbeschaffung der Banken, die sich bei ihr refinanzieren, erleichtert.*

Das kriegswirtschaftlich Neuartige besteht hier darin, dass die Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank nicht mehr bloß den normalen Geschäftskalkulationen von Banken folgt, sondern den staatlichen Bemühungen Rechnung trägt, seine strapazierte Ökonomie am *Laufen* zu halten und sie zu befähigen, seinen kriegsnotwendigen Prioritäten nachzukommen. Dies bewerkstelligt der russische Staat nicht, indem er die kapitalistische Kreditwirtschaft außer Kraft setzt, sondern dadurch, dass er diese mit besonderen Konditionen und Unterstützungsmaßnahmen versieht.

— *Der Staat will also seinen kriegsbedingten Bedarf kapitalismuskonform herbeiregieren und nicht die Macht des Geldes einfach durch sein Machtwort ersetzen.*

Ja, auf diese Weise will er die Macht des Geldes und damit die gesamte russische Finanzwirtschaft für sich einspannen. Die Konsequenzen davon sind im Folgenden Thema (Kapitel V).

\*

— *Ich verstehe die Aussagen in Fußnote 24 nicht, wo ein Unterschied zwischen der offiziellen und der wirklichen Staatsverschuldung thematisiert wird.*

— *Indem der Staat seinem Finanzgewerbe und seinen Unternehmen per Gesetz jede Menge Freiheiten zur Kreditausweitung einräumt, um seine Kriegswirtschaft zu finanzieren, steigt die Rubel-Verschuldung im Land insgesamt enorm an. Nur so können die Unternehmen unter den veränderten Bedingungen ihre Geschäfte fortsetzen und zugleich den staatlichen Bedarf erwirtschaften.*

In der Fußnote wird auf den Unterschied hingewiesen, dass der Staat einerseits für seine Geschäftswelt eine enorme Kreditausweitung ermöglicht. Andererseits verschuldet sich der Staat selbst für seine Bedarfe, indem er über seine Zentralbank z.B. Rubelanleihen auf den Finanzmarkt verkauft. Diese qua Machtwort gestifteten Wertpapiere sind selber wiederum ein Beitrag zu weiterer Kreditschöpfung durch die Finanzwelt. In Summe findet insgesamt eine enorme Kreditaufblähung in Russland statt. Entgegen den hoffnungsfrohen Zusammenbruchsszenarien der westlichen Journalisten und Ökonomen wird festgehalten, dass diese Kreditaufblähung in Russland nicht in eine Ausweitung von *Kriegskrediten* mündet. Eine ganz andere und durchaus offene Frage ist, ob und wie die russische Ökonomie diese Inanspruchnahme für den Krieg auf Dauer aushält.

— *Warum sind das keine Kriegskredite? Weil es sich um Unternehmenskredite handelt, die stark angestiegen sind? Warum weist die offizielle Staatsverschuldung die besprochene Kreditaufblähung nicht aus?*

Einerseits verschuldet sich der Staat, indem er zins- und tilgungspflichtige staatliche Wertpapiere verkauft. Das drückt sich in dieser Zahl von 20% Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP aus und stellt im Vergleich mit ausländischen Staaten eine relativ mickrige Summe dar. Diese Zahlen drücken aber nicht die wirklichen gesamtgesellschaftlichen Schuldverhältnisse aus: Es findet ja eine enorme *Mobilisierung von Kredit* statt, die die Banken für Rüstungsfirmen und andere Unternehmen, die für die Reproduktion der nationalen Ökonomie unverzichtbar sind, vergeben. Darauf bezieht sich die Fußnote 24, wenn sie auf die „politökonomische Wahrheit“ verweist, dass „sie (die Regierung) die nationale Verschuldung in Form der von der Notenbank ins Werk gesetzten Schöpfung von Rubelkredit von bisherigen Schranken befreit hat und rekordverdächtig ansteigen lässt“. Insofern handelt es sich beim stolzen Verweis auf lediglich 20%



Staatsverschuldung um eine Schönfärberei der ökonomischen Verhältnisse der russischen Ökonomie.

— *Ich verstehe immer noch nicht, warum das sich nicht in der offiziellen Staatsverschuldung ausdrückt.*

- 415 Der russische Staat geht *nicht* den Weg, dass er z.B. ein riesiges Sondervermögen schafft und damit Rüstungsindustrie und Ökonomie für seine Zwecke einspannt. Das wäre ein unmittelbarer Beitrag zur Erhöhung der Staatsverschuldung, auch wenn das womöglich wieder anders verrechnet werden würde. Stattdessen betreut er sein Kreditgewerbe durch neue Vorschriften und Maßnahmen gegenüber Banken, Unternehmen und Zentralbank, setzt  
420 die ganzen Garantien für solide Geschäfte außer Kraft, damit diese vermehrt über Kredit verfügen können.

Die damit stattfindende enorme Kreditvermehrung und deren **Auswirkungen** auf die russische Ökonomie und die Solidität des Rubel sind im nächsten Kapitel V Thema.

\*

- 425 Beim **nächsten Jour Fixe am 17. November 2025** geht es weiter mit „Russlands Kriegswirtschaft“ (GS 3-25) V. Als nächstes Thema ist die „US-Militärstrategie im Indopazifik“ (GS 3-25) vorgesehen.